

Redemanuskript des Parlamentarischen Geschäftsführers Dr. Karl-Heinz Gerstenberg zur Großen Anfrage der GRÜNEN-Fraktion "Umsetzung des Bologna-Prozesses an den sächsischen Hochschulen und Studienakademien", Drs. 4/7762, 82. Sitzung des Sächsischen Landtages, 8. Juni 2007, TOP 8

Gerstenberg: Hauptziele von Bachelor- und Masterstudiengängen an sächsischen Hochschulen verfehlt

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kolleginnen,

"Deutscher Bachelor ist kein Masterstück" titelte kürzlich "Die Tageszeitung" und brachte so launig wie treffend den bisherigen Stand des Bologna-Prozesses auf den Punkt. Anlass des Artikels war eine Umfrage unter Studierenden der Humboldt-Universität Berlin, aus der erstmals ein umfassender 320-seitiger Lagebericht über die Studierbarkeit der neuen Studiengänge hervorging. Die Hauptziele der Reform, eine höhere Flexibilität und Mobilität der Studierenden zu erreichen, sind demnach nicht erreicht worden. Viele Studiengänge sind schlecht organisiert und die Beratung ist mangelhaft. Zudem zeigt sich, dass die Bachelor- und Masterstudiengänge an der Lebensrealität der Studierenden vorbeigehen, weil zum einen zu wenige Freiräume verbleiben und zum anderen der Bachelor als nicht ausreichend berufsqualifizierend eingeschätzt wird.

Nun könnten die sächsischen Patrioten unter uns abwiegeln und die eben skizzierten Probleme als Berliner Sonderproblem abtun, das mit der Realität der sächsischen Hochschulen nichts zu tun habe. Ich muss sie leider enttäuschen – nicht nur deshalb, weil es eher unwahrscheinlich ist, dass die als eine der besten deutschen Hochschulen eingeschätzte Humboldt-Universität den Bologna-Prozess schlechter umsetzt als die sächsischen Hochschulen – sie geht nur kritischer damit um. Zum anderen aber, weil die Antwort der Staatsregierung auf die Große Anfrage "Umsetzung des Bologna-

Prozesses an den sächsischen Hochschulen und Studienakademien" die Berliner Probleme in Berlin auch für die sächsischen Hochschulen bestätigt.

Wir haben diese Große Anfrage bewusst zu einem Zeitpunkt gestellt, zu dem einerseits schon genügend Erfahrungen mit den neuen Studiengängen bestehen, um erste Probleme und Fehlentwicklungen absehen zu können und zu dem andererseits die Möglichkeit gegeben ist, rechtzeitig gegenzusteuern und die Hochschulen bei einer qualitativ hochwertigen Umsetzung der Studiengänge zu unterstützen. Dass jetzt auf der Hälfte der Wegstrecke, nachdem je nach Bundesland 40 bis 50 Prozent der Studiengänge auf die neue Struktur umgestellt sind, eine Zwischenbilanz gezogen wird, ist keine einsame grüne Idee. Erst kürzlich fand in London eine Bologna-Nachfolge-Konferenz statt, die die bisherige Umsetzung des Prozesses kritisch bilanzierte. Zentrale Themen waren insbesondere Mobilität, Qualitätssicherung und Beschäftigungsfähigkeit, speziell auch gemeinsame Studiengänge mit ausländischen Hochschulen und flexiblere Curricula während des Bachelor-Studiums.

Das sind Themen, die aus der Beobachtung gravierender Fehlentwicklungen aufgeworfen wurden, die sich auch auf Sachsen übertragen lassen. Gerade wer wie wir GRÜNEN zu den frühen Befürwortern des Bologna-Prozesses gehört, muss im Interesse der Kernanliegen der Studienreform kritisch und konstruktiv die aktuelle Umsetzung begleiten. Von lobenswerten Ausnahmen abgesehen zeigt die Zwischenbilanz, dass die Hochschulen vor allem auf die formale und zeitlich straffe Umsetzung und weniger auf die inhaltliche und qualitative Ausgestaltung der neuen Studiengänge achten. Derzeit geht Masse vor Klasse. Wenn wir die neuen Studiengänge zu einem echten Erfolg machen wollen, dann müssen wir jetzt auf gravierende Fehlentwicklungen achten und die auftretenden Probleme beheben.

Worum geht es? Die größten Schwierigkeiten auf den Baustellen Bachelor und Master lassen sich auf vier Feldern beschreiben:

Erstens: mangelnde Rechtssicherheit und Verbindlichkeit der Studiengänge.

Zweitens: ausbleibende Studienreform und geringe Flexibilität im Studium.

Drittens: zurückgehende Internationalität.

Viertens: unzureichende personelle Ausstattung.

Aus Sicht vieler Studierender an sächsischen Hochschulen heißt das: Sie werden in nicht rechtssichere Studiengänge geschickt, in denen sie mehr Studienstress und Prüfungen denn je erwarten, aber geringere Chancen auf einen Auslandsaufenthalt. Sie werden ihr Studium mit einem Bachelor-Abschluss beenden, der ihnen allenfalls vage Aussichten auf dem Arbeitsmarkt beschert, aber nicht einmal den Zugang zu einem Master sichert. Viele Studierende der neuen Studiengänge fühlen sich als die sprichwörtlichen Versuchskaninchen im Bachelor-Master-Labor und die Ergebnisse unserer Großen Anfrage bestätigen dieses Gefühl leider.

Wie sieht es also aus mit Qualitätssicherung und Rechtssicherheit?

Nur ein Drittel der neuen Studiengänge wurde bisher erfolgreich akkreditiert. Für 39 Studiengänge, also jeden fünften Studiengang gibt es keine genehmigte Studien- und Prüfungsordnung, 25 Studienordnungen traten rückwirkend in Kraft. Für tausende Studierende bedeutet das Unsicherheit im Hinblick auf den Wert ihrer Studien- und Prüfungsleistungen und die tatsächliche Anerkennung ihres Abschlusses. Wie die Staatsregierung selbst einräumt, ist das hohe Rechtsgut des Vertrauensschutzes für die Studierenden zu wahren. Frau Staatsministerin Stange, wir erwarten von Ihnen, dass es nicht bei leeren Worten bleibt, sondern dass sie dieser Verantwortung auch gerecht werden.

Wir erwarten auch, dass für konsekutive, also fachlich zusammenhängende Studiengänge der Bachelor die einzige Zugangsvoraussetzung zum anschließenden Master ist. Es ist eine verhängnisvolle Tendenz, dass für eine Mehrzahl der konsekutiven Masterstudiengänge zusätzliche Hürden aufgebaut werden. Damit riskieren wir, Studierende mit Abschlüssen halben Werts auf den Arbeitsmarkt zu schicken.

Aus Sicht der Studierenden und der Lehrenden ist die konkrete Studierbarkeit der Studiengänge wohl das gravierendste Problem. Das Meinungsbild in den Hochschulen zeigt, dass die Studiengänge in der Regel eine zu hohe Stoff- und Prüfungsdichte aufweisen. Allzu oft wurde einfach das auf dem Papier der alten Studiengänge

vorhandene Studienangebot in die neuen Studiengänge gepresst. Mit einer starken Verschulung hat sich das ursprüngliche Ziel der Studienreform ins Gegenteil verkehrt. Die Chancen der Studienreform, innovative Studienbestandteile in die Module zu integrieren und Seminare, Tutorien und Selbststudium intelligent miteinander zu verbinden, wurden von den sächsischen Hochschulen bisher nur unzureichend genutzt. In den einzelnen Modulen sind zwei bis fünf Prüfungen üblich. Damit steigt die Prüfungslast teilweise auf das doppelte bis dreifache.

Für die Studierenden bedeutet das nicht nur größeren Stress – es ist letztlich auch kontraproduktiv, weil eine wirkliche Vertiefung in die Inhalte immer schwieriger wird. Auch für die Lehrenden bedeutet die höhere Prüfungsanzahl einen erheblich gestiegenen Arbeitsaufwand. Ich weiß aus den Hochschulen, dass diese Fragen an den Fakultäten durchaus unterschiedlich gehandhabt werden. Unser Interesse muss es aber sein, durch geeignete gesetzliche Regelungen die Prüfungsdichte generell auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Die sächsischen Hochschulen sehen derzeit auch keine Studieneingangsphasen vor. Ein Blick in das angelsächsische Hochschulsystem zeigt, dass insbesondere an den oft zitierten Spitzenuniversitäten wie Stanford zweisemestrige Studieneingangsphasen im Sinne des *studium generale* obligatorisch sind. In Deutschland sieht die Leuphana-Universität Lüneburg in allen neuen Bachelor-Studiengängen eine einsemestrige gemeinsame Studieneingangsphase aller Studiengänge vor. Dieses Beispiel zeigt, wie fantasievoll der Bologna-Prozess umgesetzt werden kann. Von der Staatsregierung erwarten wir, dass sie solche Ideen unterstützt und den gesetzlichen Rahmen dafür schafft, statt sich mit dem Status quo zufrieden zu geben.

Vollends auf den Kopf gestellt werden die Ziele der Studienreform offensichtlich im Bereich der Internationalität. Einer Studie des Hochschul-Informations-Systems zufolge gehen nur 11 Prozent der Bachelor-Studierenden ins Ausland. Demgegenüber konnten in der Vergangenheit immerhin 34 Prozent der Studierenden in den Magisterstudiengängen einen Auslandsaufenthalt realisieren. Schon aufgrund der Stoff- und Prüfungsdichte bleibt für viele Studierende ein Auslandsaufenthalt ein Traum.

Selbst wenn die eine oder der andere Bachelor-Studierende den Sprung an eine Auslandshochschule geschafft hat – ob sich der Aufenthalt für sie gelohnt hat, erfahren sie erst hinterher, weil die Studien- und Prüfungsleistungen, die sie aus dem Ausland mitbringen, je nach Belieben des Prüfungsamtes anerkannt werden.

Ein Problem, das übrigens nicht nur das Auslandsstudium betrifft. Statt internationale Mobilität zu ermöglichen, ist mittlerweile vielerorts sogar die nationale Mobilität gefährdet. Damit wird ein zentrales Ziel der Reform durchkreuzt. Aber es geht noch schlimmer: Viele Studiengänge sehen einen Auslandsaufenthalt gar nicht erst vor – ganz zu schweigen davon, dass Studiengänge gemeinsam mit anderen Hochschulen des europäischen Hochschulraums konzipiert würden. Der Staatsregierung fällt auf die Frage danach nichts Besseres ein, als die bestehenden Universitätspartnerschaften der Universität Leipzig aufzulisten.

Meine Damen und Herren in der Staatsregierung, Frau Staatsministerin Stange, offensichtlich haben sie die ganze Dimensionen der Internationalität im Rahmen des Bologna-Prozesses nicht begriffen! Lassen Sie sich doch zumindest durch die konkreten Vereinbarungen der Londoner Bologna-Konferenz zum Umdenken bewegen, in denen die Notwendigkeit gemeinsamer internationaler Studiengänge vereinbart wurde.

Ein weiteres gravierendes Problem ist die personelle Untersetzung der neuen Studiengänge. Angesichts der eben skizzierten Probleme einer hohen Stoffdichte und einer drastisch gestiegenen Prüfungsanzahl ist von einem höheren Personalbedarf auszugehen. Hinzu kommt, dass die Seminare anders als bisher auf 30 Teilnehmer begrenzt werden. Auch durch den hohen Anteil an Lehrveranstaltungen und die geringe Verbreitung innovativer und weniger personalintensiver Studienformen ist eine deutlich höhere Personalintensität entstanden. Fast alle Hochschulen sehen denn auch laut Antwort der Staatsregierung in den gestuften Studiengängen einen höheren Personalbedarf. Nur zwei Antworten vorher erklärt allerdings die Staatsregierung, dass sie mit keinem personellen Mehrbedarf rechnet. Auf die Erklärung dieses Widerspruchs bin ich schon jetzt gespannt, Frau Ministerin. Eine Antwort frei nach Morgenstern darf

ich Ihnen bereits jetzt anbieten: "... weil, so schließt sie messerscharf, nicht sein kann, was nicht sein darf."

Neben den eben genannten gibt es eine Fülle weiterer Probleme. Ich nenne nur die Problematik der auslaufenden Studiengänge und die offensichtlichen Schwierigkeiten der Hochschulen bei der Einführung der dringend notwendigen elektronischen Prüfungssysteme.

Unser Fazit der Großen Anfrage lautet: Der Bologna-Prozess ist auf landespolitischer Ebene nicht nur nicht abgeschlossen, sondern er fängt gerade erst richtig an. Wir dürfen die Hochschulen in dieser kritischen Situation nicht im Regen stehen lassen, sondern die Politik muss sie einerseits zielgerichtet beraten und begleiten, andererseits durch konkrete finanzielle und personelle Maßnahmen unterstützen.

In der traurigen Tatsache, dass noch kein neues sächsisches Hochschulgesetz verabschiedet wurde, liegt auch eine Chance: Es ist möglich, schnell auf die Fehlentwicklungen zu reagieren. Das Gesetz muss die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die neuen Studiengänge rechtssicher und gut studierbar werden. Mindestens ebenso dringend ist jedoch die aktive Unterstützung der Hochschulen mit Personal und fachlicher Beratung sowie eine Mitfinanzierung der neu einzuführenden elektronischen Prüfungssysteme. Unser Entschließungsantrag unterbreitet entsprechende Vorschläge, um der Herausforderung Bologna gerecht zu werden.

Eine Verbesserung der Situation liegt im Übrigen im ureigensten Interesse des Freistaats. Mit Blick auf den drohenden Rückgang der Studierendenzahlen ist ein attraktives Studienangebot für die sächsischen Hochschulen existentiell. Wenn sich herumspricht, dass viele neue Studiengänge in Sachsen nicht rechtssicher und schlecht studierbar sind, dann kann sich der Freistaat jede noch so gute Werbekampagne für den Studienstandort Sachsen sparen.